

Das übersehene Kraftwerk

Die Zukunft der Bioenergie liegt nicht in mehr Dauerproduktion, sondern in weniger Betriebsstunden und höherer Leistung im richtigen Moment. Das EEG 2027 muss deshalb zwischen Strukturkonservierung und technischer Transformation unterscheiden.

Die interessanteste Eigenschaft eines künftigen Biogas-Speicherkraftwerks könnte ausgerechnet darin bestehen, häufig nicht zu laufen.

Energiepolitik besitzt eine Neigung zur großen Erzählung. Sie spricht von Transformation, Klimaneutralität, Wasserstoffwirtschaft und neuen Märkten. Die praktischen Schwierigkeiten verbergen sich meist dort, wo die Sprache kleiner wird: in Kilowatt, Laufzeiten, Netzanschlüssen und Vergütungszeiträumen.

Das EEG 2027 ist ein solcher Fall.

Im Mittelpunkt der Debatte steht eine Technologie, die unter einem Missverständnis leidet. Biogas wird häufig noch nach dem Modell der Vergangenheit beurteilt: als kontinuierlich laufende Stromerzeugung aus landwirtschaftlicher Biomasse. In einem Energiesystem mit wachsenden Anteilen von Wind und Sonne ist gerade diese Betriebsweise zunehmend unvernünftig.

Die interessante Zukunft der Bioenergie beginnt deshalb mit ihrem Stillstand.

Ein flexibles Biogas-Speicherkraftwerk erzeugt nicht möglichst viele Stunden Strom. Es speichert den Energieträger und erzeugt Strom dann, wenn das System ihn benötigt. Technisch betrachtet ist das eine Änderung des Betriebsregimes. Ordnungspolitisch betrachtet ist es die Anpassung einer vorhandenen Infrastruktur an neue Preissignale.

Damit steht die Bioenergie exemplarisch für eine größere Frage der Energiewende: Wie gehen wir mit Bestandskapital um, dessen ursprüngliche Funktion an Bedeutung verliert, dessen technische Substanz aber für eine neue Funktion genutzt werden kann?

Der einfache Weg ist Stilllegung und Neubau. Der klügere Weg kann Transformation sein.

Das Positionspapier zur Bioenergie im EEG 2027 argumentiert für diesen zweiten Weg. Es beschreibt die Umstellung des Bestandes auf hochflexible Speicherkraftwerke als notwendige Ergänzung einer volatilen Stromerzeugung. Die These ist plausibel: Je höher der Anteil wetterabhängiger Erzeugung, desto wichtiger wird die Fähigkeit, Leistung zeitlich zu verschieben.

Das Marktereignis vom 1. Mai 2026 verdeutlicht das Problem. Nach den Angaben des Papiers trafen rund 45 Gigawatt Photovoltaikleistung auf etwa fünf Gigawatt unflexible Biogas- und Wasserkraftleistung. Die Preise fielen zeitweise bis auf minus 50 Cent je Kilowattstunde.

Negative Preise sind kein Betriebsunfall. Sie sind ein Signal.

Wer in solchen Stunden Strom produziert, obwohl er ihn zeitlich verschieben könnte, verhält sich nicht systemdienlich. Daraus folgt allerdings nicht, dass die Technologie ungeeignet wäre. Es folgt, dass ihre Regulierung und ihr Geschäftsmodell an das neue Stromsystem angepasst werden müssen.

Im Kern verlangt das Positionspapier genau dies. Es kritisiert das im Entwurf vorgesehene Ausschreibungsvolumen von insgesamt 4,5 Gigawatt für die Jahre 2027 bis 2032 als unzureichend und stellt ihm einen jährlichen Modernisierungsbedarf von 3,2 Gigawatt gegenüber. Zudem werden ein höherer Flexibilitätszuschlag, ein längerer zweiter Vergütungszeitraum, ein Speicherkapazitätzuschlag und flexiblere Netzanschlussregelungen gefordert.

Es wäre verfehlt, daraus eine klassische Förderdebatte zwischen einem Wirtschaftszweig und dem Staat zu machen.

Die eigentliche Frage ist systemischer.

Deutschland muss in den kommenden Jahren gesicherte Leistung bereitstellen, wenn Wind und Sonne nicht ausreichend produzieren. Dafür werden neue Kraftwerke und neue Marktmechanismen diskutiert. Gleichzeitig existieren tausende Standorte, an denen Gas gespeichert und Strom steuerbar erzeugt werden kann. Teile dieser Infrastruktur sind zudem mit lokalen Wärmenetzen verbunden.

Wer diese Anlagen auslaufen lässt, darf ihren Ersatz nicht als kostenfreie Alternative verbuchen.

Das Positionspapier stellt geschätzten jährlichen Kosten von rund 5,3 Milliarden Euro einen Nutzen von rund 7,8 Milliarden Euro gegenüber. Solche Berechnungen sind selbstverständlich keine Naturkonstanten. Sie beruhen auf Annahmen über vermiedene Emissionen, Systemkosten, Wertschöpfung und Wärme. Aber sie weisen auf einen methodischen Fehler hin, der energiepolitische Entscheidungen häufig begleitet: Die Kosten einer bestehenden Technologie werden vollständig ausgewiesen, die Kosten ihrer Ersetzung dagegen nur teilweise.

Das kann zu Fehlentscheidungen führen.

Auch die Biomethanoption zeigt dies. Sie kann langfristig sinnvoll sein, verlangt aber neue Aufbereitung und neue Gasnetzanschlüsse. Das Positionspapier beziffert den dafür notwendigen Infrastrukturaufwand bei rund 1.500 Anschlüssen auf insgesamt etwa zehn Milliarden Euro. Die genaue Summe ist weniger entscheidend als die Erkenntnis, dass auch die Alternative Investitionen, Zeit und Regulierung benötigt.

Politik sollte deshalb vermeiden, bestehendes Kapital voreilig zu entwerten.

Das bedeutet nicht, jede Biogasanlage unabhängig von Effizienz, Substraten oder Standort zu erhalten. Es bedeutet vielmehr, zwischen zwei sehr unterschiedlichen Zielen zu unterscheiden: der Bewahrung eines alten Geschäftsmodells und der Nutzung vorhandener Infrastruktur für ein neues.

Das erste wäre Strukturkonservierung.

Das zweite kann Modernisierung sein.

Die politische Kunst besteht darin, diesen Unterschied im Gesetz abzubilden.

Ein EEG, das lediglich alte Strommengen vergütet, wäre tatsächlich rückwärtsgewandt. Ein EEG, das Investitionen in speicherbare, steuerbare Leistung ermöglicht und zugleich klare Anforderungen an Flexibilität stellt, kann dagegen einen Beitrag zur künftigen Systemarchitektur leisten.

Der Bundestag sollte die parlamentarische Beratung deshalb nicht auf die Frage reduzieren, wie viel Bioenergie Deutschland sich leisten will.

Er sollte fragen, wie viel steuerbare erneuerbare Leistung Deutschland sich leisten muss.

Denn die Energiewende entscheidet sich nicht nur an den Tagen, an denen Windräder und Solaranlagen Rekorde produzieren.

Sie entscheidet sich auch in jenen Stunden, in denen sie es nicht tun.